

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

- [Bilanz: Behandlung von Ablösezahlungen im Profi-Fußball](#)
Urteil vom 14.12.2011, Az: I R 108/10
- [Besteuerungsverfahren: Zuteilung der Identifikationsnummer und dazu erfolgte Datenspeicherung verfassungsgemäß](#)
Urteil vom 18.01.2012, Az: II R 49/10
- [Investitionszulage: Maßgeblichkeit der Klassifikation der Wirtschaftszweige für den Begriff des verarbeitenden Gewerbes](#)
Urteil vom 22.09.2011, Az: III R 64/08
- [Kindergeld: Zum Einwand der Weiterleitung beim Berechtigtenwechsel](#)
Urteil vom 22.09.2011, Az: III R 82/08
- [Steuerhaftung: Erstreckung der Haftung des Eigentümers von Gegenständen nach § 74 AO auf das Surrogat](#)
Urteil vom 22.11.2011, Az: VII R 63/10
- [Finanzierung: Steuerpflicht von Zinsen aus Lebensversicherungen; steuerschädliche Verwendung bei Umschuldung](#)
Urteil vom 12.10.2011, Az: VIII R 30/09
- [Finanzierung: Steuerschädliche Zahlung für eine Zinscap-Gebühr bei Policendarlehen](#)
Urteil vom 12.10.2011, Az: VIII R 49/09
- [Außerordentliche Einkünfte: Tarifiermäßigung für Ersatz- und Ausgleichszahlungen bei Vermietung und Verpachtung](#)
Urteil vom 18.10.2011, Az: IX R 58/10

Urteile und Beschlüsse:

Bilanz: Behandlung von Ablösezahlungen im Profi-Fußball

Urteil vom 14.12.2011, Az: I R 108/10

HGB § 255 Abs. 1, HGB § 266 Abs. 2 Buchst. A I 1, EStG § 5 Abs. 2

1. Ablösezahlungen, die von Vereinen der Fußball-Bundesliga im Zusammenhang mit dem Wechsel von Lizenzspielern an die abgebenden Vereine gezahlt werden, sind als Anschaffungskosten auf das immaterielle Wirtschaftsgut der exklusiven Nutzungsmöglichkeit "an dem Spieler" zu aktivieren und auf die Vertragslaufzeit abzuschreiben (Bestätigung und Fortentwicklung des Senatsurteils vom 26. August 1992 I R 24/91, BFHE 169, 163, BStBl II 1992, 977).

aktivierungspflichtige Anschaffungskosten. Nicht zu aktivieren sind Provisionen, die im Zusammenhang mit der ablösefreien Verpflichtung eines Spielers gezahlt werden; das Gleiche gilt in Bezug auf die nach den Statuten des Deutschen Fußballbundes für die Verpflichtung bisheriger Amateure und Vertragsamateure an deren frühere Vereine zu leistenden Ausbildungs- und Förderungsentschädigungen.

Besteuerungsverfahren: Zuteilung der Identifikationsnummer und dazu erfolgte Datenspeicherung verfassungsgemäß

Urteil vom 18.01.2012, Az: II R 49/10

FGO § 41, StIdV § 1, StIdV § 6, EStG § 10, EStG § 10a, EStG § 22a, EStG § 39e, EStG § 44a, EStG § 45d, EStG § 51a

Die Zuteilung der Identifikationsnummer und die dazu erfolgte Datenspeicherung sind mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und sonstigem Verfassungsrecht vereinbar.

Investitionszulage: Maßgeblichkeit der Klassifikation der Wirtschaftszweige für den Begriff des verarbeitenden Gewerbes

Urteil vom 22.09.2011, Az: III R 64/08

InvZulG 1999 § 2 Abs. 2

1. Der Senat hält daran fest, dass sich der Begriff des verarbeitenden Gewerbes auch vor Inkrafttreten des § 3 Abs. 1 Satz 2 InvZulG 2010 nach der für das jeweilige Kalenderjahr geltenden Klassifikation der Wirtschaftszweige richtet.
2. Die Finanzgerichte haben die für die Zuordnung eines Betriebes zu einem Wirtschaftszweig erheblichen Tatsachen selbst festzustellen und zu würdigen; eine fehlerhafte Einordnung durch die Statistikämter dürfen sie nicht übernehmen.

Kindergeld: Zum Einwand der Weiterleitung beim Berechtigtenwechsel

Urteil vom 22.09.2011, Az: III R 82/08

EStG § 64 Abs. 2 Satz 1, AO § 37 Abs. 2, BGB § 226, BGB § 242

Der Einwand, das Kindergeld sei auf ein allein der Verfügungsmacht des Berechtigten unterliegendes Konto überwiesen worden, ist unbeachtlich, solange der Berechtigte nicht nach der in der Verwaltungsanweisung dafür vorgesehenen Form bestätigt, seinen Anspruch auf Auszahlung von Kindergeld als erfüllt anzusehen

FamEStG 2002/2004).

Steuerhaftung: Erstreckung der Haftung des Eigentümers von Gegenständen nach § 74 AO auf das Surrogat

Urteil vom 22.11.2011, Az: VII R 63/10

AO § 74

Die Haftung des an einem Unternehmen wesentlich beteiligten Eigentümers nach § 74 AO erstreckt sich nicht nur auf die dem Unternehmen überlassenen und diesem dienenden Gegenstände, sondern sie erfasst in Fällen der Weggabe oder des Verlustes von Gegenständen nach der Haftungsinanspruchnahme auch die Surrogate, wie z.B. Veräußerungserlöse oder Schadenersatzzahlungen.

Finanzierung: Steuerpflicht von Zinsen aus Lebensversicherungen; steuer-schädliche Verwendung bei Umschuldung

Urteil vom 12.10.2011, Az: VIII R 30/09

EStG 2002 § 20 Abs. 1 Nr. 6, EStG 2002 § 10 Abs. 2 Satz 2 Buchst. a

Dient ein Darlehen, zu dessen Besicherung Ansprüche aus Kapitallebensversicherungen eingesetzt werden, dazu, ein bereits früher zur Finanzierung von Anschaffungs- oder Herstellungskosten eines Wirtschaftsguts aufgenommenes Darlehen umzuschulden, so ist das i.S. des § 10 Abs. 2 Satz 2 Buchst. a EStG 2002 schädlich, wenn die Valuta des Umschuldungsdarlehens höher ist als die Restschuld des umzuschuldenden Darlehens und der übersteigende Betrag zur Einzahlung auf einen Bausparvertrag verwendet wird, der eine Verzinsung des Bausparguthabens vorsieht.

Finanzierung: Steuerschädliche Zahlung für eine Zinscap-Gebühr bei Policendarlehen

Urteil vom 12.10.2011, Az: VIII R 49/09

EStG § 10 Abs. 2 Satz 2 Buchst. a, EStG § 20 Abs. 1 Nr. 6

Bezahlt der Steuerpflichtige mit Mitteln aus einem durch eine Lebensversicherung gesicherten Policendarlehen eine Zinsbegrenzungsprämie (Zinscap-Gebühr), dient das Darlehen nicht unmittelbar und ausschließlich der Finanzierung der Anschaffungskosten eines dauernd zur Erzielung von Einkünften bestimmten Wirtschaftsgutes i.S. des § 10 Abs. 2 Satz 2 Buchst. a EStG (Anschluss an BFH-Urteil vom 12. Oktober 2005 VIII R 19/04, BFH/NV 2006, 288).

Außerordentliche Einkünfte: Tarifiermäßigung für Ersatz- und Ausgleichszahlungen bei Vermietung und Verpachtung

Urteil vom 18.10.2011, Az: IX R 58/10

EStG § 24 Nr. 1 Buchst. a

§ 24 Nr. 1 Buchst. a EStG erfasst Entschädigungen, die "entgangene oder entgehende Einnahmen" ersetzen (Einnahmenersatz), nicht aber solche, die Ausgaben ausgleichen.